



Antragsbuch

45. Landeskongress

14. / 15. Februar 2009 in Görlitz

Inhaltsverzeichnis:

Antragsnr.	Thema	Antragsteller	Seite
01	„Sächsisches Nichtraucherschutzgesetz“ abschaffen	JuliA Erzgebirge	4
02	Erbschafts- und Schenkungssteuer abschaffen	JuliA Erzgebirge	5
03	Keynesianistische Irrlehren abschaffen – Staatsverschuldungsverbot ins Grundgesetz	JuliA Erzgebirge	6
04	Wirtschaftsunterricht an sächsischen Gymnasien einführen	JuliA Erzgebirge	8
05	Neue Rahmenbedingungen für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)	Landesvorstand	9
06	Feiern bis Mitternacht	Julis Leipzig	10
07	Revision des Rechtes auf Kenntnis der Abstammung	Anja Birnbaum & Sandra Biesel	11
08	Revision des Erneuerbare-Energien-WärmeGesetz – EEWärmeG	Julis Görlitz	12
09	Transparenz beim Umgang mit Kundendaten	Constantin Eckner	13
10	Abschaffung der Pflicht zur Gewerbeanmeldung	Robert Hesse	14
11	Abschaffung des Nichtanwendungserlasses	JuliA Dresden	15
12	Für eine moderne Verwaltung	JuliA Dresden	16
13	Abschaffung des Einbürgerungstests	Christian Klauss	17
14	Festlegung eines neuen JuliA-Logos	Landesvorstand	18
15	Jugendschutz darf kein Hebel für Internetsperren sein	Marcus Viefeld	19

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

Löbau, 06. Februar 2009

Liebe JuliAner (und liebe JuLis),

wir schreiben das Jahr 2009 und die Welt scheint verrückt geworden zu sein. Konservative proben den Sozialismus, die Katholiken leugnen den Holocaust und Skodas haben das fliegen gelernt. Ihr seht das Jahr 2009 hat turbulent begonnen und es wird für uns Liberale in Sachsen noch viele aufregende Momente bereit halten. Wie ihr alle hoffe ich, dass wir am Ende des Jahres in Bund und Land mitregieren, damit wir endlich die Programmatik, die wir jahrelang diskutiert und beschlossen haben, auch umsetzen können.

Da ich einer derjenigen bin, der an vorderster Front mit dafür kämpft – ich trete als Direktkandidat für die Bundestagswahl im Wahlkreis 158 (Landkreis Görlitz) an – wird dies mein letztes Antragsbuch sein. Es gibt für mich einfach privat und beruflich neue Herausforderungen, die meine volle Kraft und Konzentration brauchen. Es war eine kurze, aber auch sehr erfolgreiche Zeit als Programmatiker der JuliA-Sachsen.

Wir sind für unser Engagement bei der Erstellung des Landtagswahlprogramms gelobt worden. JuliA-Sachsen hat sehr viel zu diesem Programm beigetragen. Nicht nur die Änderungsanträge, von denen sich etwa die Hälfte im Programm wiederfindet, sondern auch die bereits im Vorfeld in die FDP hineingetragenen JuliA-Beschlüsse, sind wichtige Bestandteile des Landtagswahlprogramms der FDP-Sachsen. Dafür möchte ich mich bei euch bedanken und euch bitten, meinen Nachfolger genauso tatkräftig zu unterstützen.

Euer Toralf

1 **Antrag 01: „Sächsisches Nichtraucherschutzgesetz“ abschaffen**

2

3 *Antragsteller: JuliA Erzgebirge*

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert nach den erfolgreichen Entscheidungen des Sächsischen
8 Verfassungsgerichtshofes und des Bundesverfassungsgerichts, das so genannte „Sächsische
9 Nichtraucherschutzgesetz“ mit sofortiger Wirkung abzuschaffen.

10

11 *Begründung:*

12

13 Erfolgt ggf. mündlich.

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 02: Erbschafts- und Schenkungssteuer abschaffen**

2

3 *Antragsteller: JuliA Erzgebirge*

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die sofortige Abschaffung des Erbschaftssteuer- und
8 Schenkungssteuergesetzes und der auf diesem Gesetz beruhenden Erbschaftssteuerdurch-
9 führungsverordnung.

10

11 *Begründung:*

12

13 Erfolgt ggf. mündlich.

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 03: Keynesianistische Irrlehren abschaffen – Staatsverschuldungsverbot ins Grundgesetz**

2

3 *Antragsteller: JuliA Erzgebirge*

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag dazu auf,
8 einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Grundgesetzes in den Bundestag einzubringen, der ein
9 Verbot der Staatsverschuldung enthält und daher folgende Änderungen umfasst:

10

11 1. GG Artikel 109 Absatz 4 [Haushaltswirtschaft in Bund und Ländern], wird ersetzt durch
12 folgende Formulierung:

13

14 *„Weder zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts noch zur Erfül-*
15 *lung sonstiger Zwecke ist es den Gebietskörperschaften und Zweckverbänden erlaubt, Kredite*
16 *aufzunehmen. Konjunkturausgleichsrücklagen von Bund und Ländern bei der Bundesbank finden*
17 *nicht statt.“*

18

19 2. GG Artikel 111 Absatz 2 [Haushaltsvorgriff], wird ersetzt durch folgende Formulierung:

20

21 *„Der Bund ist verpflichtet, die Wirtschaftsführung der gesetzlich bestehenden Einrichtungen und*
22 *Bauten, die Durchführung gesetzlich beschlossener Maßnahmen, Beschaffungen, sonstiger*
23 *Leistungen sowie die Erfüllung rechtlich begründeter Verpflichtungen durch Mittel aus Steuern,*
24 *Abgaben, sonstigen Quellen und aus der Betriebsmittelrücklage aufrechtzuerhalten. Der Bund*
25 *darf keine Mittel im Wege des Kredits flüssig machen.“*

26

27

28

29

30

31

32

33 **>>> BITTE UMBLÄTTERN! ANTRAG FÜHRT AUF NÄCHSTER SEITE FORT! <<<**

34

35

36

37

38

39

40

1 3. GG Artikel 115 [Grenzen der Kreditaufnahme], wird gestrichen und ersetzt durch:

2

3 GG Artikel 115a [Verbot der Kreditaufnahme]

4

5 *„ (1) Die Aufnahme von Krediten durch den Bund sowie die Übernahme von Bürgschaften,*
6 *Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, die zu Ausgaben in künftigen Rechnungsjahren*
7 *führen können, sind verboten. Von diesem Verbot darf weder zur Abwehr einer Störung des*
8 *gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts noch aufgrund eines Sondervermögens des Bundes*
9 *abgewichen werden.*

10

11 *(2) Übergangsbestimmungen.*

12 *Ab dem Zeitpunkt der Beschlussfassung über diese Änderung des Grundgesetzes arbeiten die*
13 *Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister der Finanzen darauf hin, die bis jetzt*
14 *angesammelten Schulden und sonstigen Verbindlichkeiten des Bundes, der Gebietskörperschaften*
15 *und der Zweckverbände rasch zu tilgen. Der Bundesminister der Finanzen erstellt dafür*
16 *einen Tilgungsplan. Für die Tilgung der Schulden dürfen keine Mittel im Wege des Kredites flüssig*
17 *gemacht werden.“*

18

19 4. Sobald die Schulden der Bundesrepublik Deutschland vollständig getilgt sind, erfolgt in
20 einem weiteren Grundgesetzänderungsgesetz folgende, letzte Änderung:

21

22 GG Artikel 114 Absatz 1 [Rechnungslegung – Rechnungsprüfung], wird ersetzt durch
23 folgende Formulierung:

24

25 *„Der Bundesminister der Finanzen hat dem Bundestage und dem Bundesrate über alle Einnahmen*
26 *und Ausgaben sowie über das Vermögen im Laufe des nächsten Rechnungsjahres zur Entlastung*
27 *der Bundesregierung Rechnung zu legen.“*

28

29 **Begründung:**

30

31 Erfolgt ggf. mündlich.

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 04: Wirtschaftsunterricht an sächsischen Gymnasien einführen**

2

3 *Antragsteller: JuliA Erzgebirge*

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich dafür aus, an sächsischen Gymnasien ab Klasse
8 sieben den Wirtschaftsunterricht als eigenständiges Unterrichtsfach einzuführen. Dabei soll
9 sich am Vorbild des Freistaates Bayern orientiert werden. Inhalte des Lehrplanes sollen sein:

10

- 11 - Vorstellung der wichtigsten Wirtschaftssysteme
- 12 - Das Funktionieren eines Marktes
- 13 - Das Funktionsprinzip der Börse als idealer Markt
- 14 - Vorstellung wichtiger Ökonomen und ihrer Ideen (Smith, Marx, etc.)
- 15 - Kritische Auseinandersetzung mit den einzelnen Systemen
- 16 - Keynesianismus, Papiergeld und Staatsverschuldung
- 17 - Das Scheitern des Sozialismus
- 18 - Die österreichische Schule der Nationalökonomie (Hayek, Mises, etc.)
- 19 - Theorie der Umlaufmittel
- 20 - Wirtschaftsinformatik und Business English

21

22 *Begründung:*

23

24 Erfolgt ggf. mündlich.

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 05: Neue Rahmenbedingungen für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)**

2

3 *Antragsteller: Landesvorstand JuliA Sachsen*

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die Neugestaltung der Rahmenbedingungen des
8 öffentlichen Personennahverkehrs. Dies bedarf einer gründlichen Neueinschätzung der
9 gesellschaftlichen Bedürfnisse. Neben den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit
10 ist zukünftig den neuen Mobilitätsansprüchen der Gesellschaft Rechnung zu tragen.

11

12 Hauptverkehrsverbindungen müssen regelmäßig befahren werden. Ziel muss es sein alle Orte an
13 das öffentliche Verkehrsnetz anzuschließen. Die Verkehrszeiten sind auch im ländlichen Raum bis
14 21 Uhr auszudehnen, für Bedarfsfälle außerhalb der Fahrzeiten müssen Alternativen geschaffen
15 werden.

16

17 Kleinbusse, ein Rufbussystem oder Nachtbusse im Ringsystem sind nur ein paar Möglichkeiten,
18 um die in den letzten Jahren gestrichenen Buslinien wiederzubeleben. Außerdem sollte dem Land
19 Sachsen bei Überlandbusverbindungen ein stärkeres Mitspracherecht eingeräumt werden. Es
20 kann nicht sein, dass die Buslinien an den Kreisgrenzen halt machen.

21

22 *Begründung:*

23

24 Erfolgt ggf. mündlich.

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 06: Feiern bis Mitternacht**

2

3 *Antragsteller: JuLis Leipzig*

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Im Rahmen der um sich greifenden Lärmempfindlichkeit werden immer mehr Veranstaltungen in
8 sächsischen Kommunen beschnitten oder sind nur noch mit Sondergenehmigungen durchführbar.
9 Die Jungen Liberalen sprechen sich ausdrücklich dagegen aus. Einerseits ist für die an den
10 Veranstaltungen teilnehmenden Unternehmen Planungssicherheit unabdingbar, andererseits
11 trägt auch gerade das Nachtleben stark zur Attraktivität der Stadt bei.

12

13 Das in den Wohnlagen der Innenstädte nicht immer absolute Nachtruhe herrscht, liegt in der
14 Natur der Sache. Es ist auch eine Frage der Eigenverantwortung nicht in die Innenstadt zu
15 ziehen, wenn man lärmempfindlich ist. In den meisten Städten und Gemeinden sind auch in
16 Innenstadtnähe reine Wohngebiete vorhanden, welche weniger veranstaltungsbelastet sind. Es
17 ist den Anwohnern der Innenstädte, Gemeindezentren, „Partymeilen“ und gastronomischer
18 Hauptachsen zuzumuten, dass eine Veranstaltung am Wochenende auch mal bis Mitternacht und
19 darüber hinausgeht.

20

21 Die hier stattfindende Regulierung ist populistischer Natur, die Vorzüge des Wohnens in
22 Ballungsgebieten bringen Nachteile mit sich welche man beim Zuzug billigend in Kauf nimmt.
23 Zusammenfassend: If you can't stand the heat, get out of the kitchen.

24

25 *Begründung :*

26

27 In letzter Minute Veranstaltungen zu verkürzen ist für die Teilnehmer, insbesondere Gastrono-
28 mie, welche diese Veranstaltungen (Stadtfeste, Public Viewings von sportlichen Highlights,
29 Konzerte ...), großzügig sponsern, mit Umsatzeinbußen verbunden. Perspektivisch wird es da-
30 durch schwieriger die passende Kulisse für Großveranstaltungen zu bieten.

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 07: Revision des Rechtes auf Kenntnis der Abstammung**

2

3 *Antragsteller: Anja Birnbaum & Sandra Biesel*

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1989 (BVerfGE 79, 256), wonach ein Kind das
8 Recht auf Wissen über seine Abstammung hat, muss kritisch überprüft und revidiert, bzw. mit
9 Ausnahmeregelungen versehen werden.

10

11 *Begründung:*

12

13 In vielen Fällen ist dieses „Recht auf Abstammung“ nicht praktikabel. Einerseits steht es im
14 krassen Gegensatz zur Einrichtung anonymer Babyklappen, andererseits kann an Hand dessen
15 der Samenspender bei heterologer bzw. donogener Insemination zu Unterhaltszahlungen
16 verpflichtet werden, bzw. es können daraus Erbschaftsansprüche entstehen. Es darf keine
17 Situation entstehen, in welcher es zu einem Abwägen des Rechts auf Abstammung gegen das
18 Recht auf Leben eines Kindes kommen kann.

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 08: Revision des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz – EEWärmeG**

2

3 *Antragsteller: Julis Görlitz*

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die JuliA-Sachsen fordert die Bundesregierung auf, das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz
8 WEEWärmeG zu revidieren. Insbesondere die Zwangsquote für Neubauten muss wieder
9 abgeschafft werden. Statt die Bürger zu zwingen 15 Prozent Wärme aus Erneuerbaren Ener-
10 gien zu nutzen, sollten dabei positive Anreize geschaffen werden.

11

12 *Begründung:*

13

14 Erfolgt ggf. mündlich.

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 09: Transparenz beim Umgang mit Kundendaten**

2

3 *Antragsteller: Constantin Eckner*

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert ausdrücklich, dass Unternehmen zur Offenlegung über
8 den Umgang mit sensiblen Kundendaten verpflichtet sind. Gleichzeitig unterliegen die
9 Unternehmen einer Informationspflicht, sobald sie Externe mit der Verarbeitung von
10 vorgenannten Daten beauftragen.

11

12 *Begründung:*

13

14 Die jüngste Vergangenheit zeigte auf, dass Unternehmen fahrlässig mit Kundendaten umgehen
15 können. Beispiele sind die Datenskandale bei deutschen Banken und der Telekom. Ein blindes
16 Vertrauen der Bürger, dass persönliche Daten sicher „abgesperrt“ sind, hat sich als falsch
17 erwiesen. Es müssen verbesserte rechtliche Grundlagen für die Datenverarbeitung geschaffen
18 werden, die einen unbefugten Gebrauch stoppen.

19

20 Bei der Speicherung von Daten muss der Bürger sich ausdrücklich schriftlich damit einverstanden
21 erklären, dass seine Daten an Dritte weiter gegeben werden dürfen. Ist dies noch nicht geschehen,
22 muss eine explizite Einwilligung eingeholt werden, bevor personenbezogene Daten weiter
23 gegeben werden dürfen.

24

25 Eine verständliche und kompakte Auskunftspflicht der Unternehmen über den Umgang mit
26 sensiblen Daten ist dringend erforderlich um die Persönlichkeitsrechte der Bürger zu wahren.

27

28 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 10: Abschaffung der Pflicht zur Gewerbeanmeldung**

2

3 *Antragsteller: Robert Hesse*

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert ausdrücklich, dass Unternehmen zur Offenlegung über
8 den Umgang mit sensiblen Kundendaten verpflichtet sind.

9 Gleichzeitig unterliegen die Unternehmen einer Informationspflicht, sobald sie Externe mit
10 der Verarbeitung von vorgenannten Daten beauftragen.

11

12 *Begründung:*

13

14 Die Errichtung eines Gewerbes ist vom Grundgesetz garantiert. Jeder Gewerbetreibende ist
15 verpflichtet, seine Einkünfte dem Finanzamt anzugeben, eine fiskalische Notwendigkeit zur
16 Anmeldung ist demnach nicht notwendig.

17

18 Jedes Gewerbe, dessen Aufnahme ohnehin eine Erlaubnis erfordert (also etwa Gaststätten oder
19 verschiedene Gewerbe im Gesundheitswesen sowie Reisegewerbe), benötigt aus unserer Sicht
20 nicht zusätzlich eine allgemeine Anmeldung.

21

22 Strafbewehrt bzw. mit Ordnungsgeld belegt ist lediglich der Verstoß gegen die Anmeldevorschrift.
23 Die mit der Anmeldung verbundene Pflichtmitgliedschaft in der Industrie- und Handelskammer
24 wird von den Jungen Liberalen bereits seit Jahren abgelehnt, die Abschaffung der Pflicht zur
25 Gewerbeanmeldung ist folgerichtig.

26

27 Die Pflicht zur Anmeldung kostet Geld, jede Änderung kostet Geld – und zwar jeweils beim
28 Gewerbetreibenden und bei der Verwaltung. Die Abschaffung dieser Regelung, die noch aus dem
29 19. Jahrhundert stammt, ist überfällig.

30

31 Zudem gibt es zahlreiche freie Berufe, die ebenfalls ohne Anmeldung tätig sind.

32

33 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 11: Abschaffung des Nichtanwendungserlasses**

2

3 *Antragsteller: JuliA Dresden*

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert den Nichtanwendungserlass als Verwaltungsmittel
8 der Bundesministerien abzuschaffen.

9 Der Nichtanwendungserlass unterläuft die rechtsstaatliche Trennung von exekutiver und judika-
10 tiver Ebene. Es darf nicht sein, dass Bürger trotz Entscheidung eines obersten deutschen Gerichts,
11 unterschiedlich behandelt werden.

12

13 *Begründung:*

14

15 Erfolgt ggf. mündlich.

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 12: Für eine moderne Verwaltung**

2

3 *Antragsteller: JuliA Dresden*

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert eine Änderung der sächsischen Gemeinordnung
8 dahingehend, Gemeinden zu verpflichten, kommunale Informationsfreiheitsatzungen zu erlassen.

9 Die Rahmenbedingungen der Satzungen haben sich an den Grundzügen und Grundgedanken
10 des Informationsfreiheitsgesetzes im Bund (Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des
11 Bundes) zu orientieren, welches eine Umkehrung des Amtsgeheimnisses darstellt. Verpflichtend
12 müssen diese Satzungen über eine klare Gebührenordnung verfügen die eine angemessene
13 Kostendeckelung von Anfragen erlaubt, bei der aber 500 Euro für eine Anfrage nicht überschritten
14 werden darf. Die Übergangszeit nach Änderung der Gemeindeordnung darf drei Jahre nicht
15 überschreiten.

16 Weiterhin fordern wir, Kommunen zu verpflichten, dass Vermögen und die Schulden kommu-
17 naler Privatunternehmen im Haushaltsplan auszuweisen, analog wie es bei Regiebetrieben
18 der Fall ist.

19 Darüberhinaus sollen die Instanzen der sächsischen Landesverwaltung ernsthaft prüfen, ob ihre
20 EDV zum nächsten vorgesehenen Erneuerungstermin teilweise oder ganz auf Open-Source-
21 Produkte umgestellt werden kann. Sollte eine Prüfung ergeben, dass sich durch eine solche
22 Umstellung mittelfristig Kosten senken lassen, so ist diese zu vollziehen.

23

24 *Begründung:*

25

26 Erfolgt ggf. mündlich.

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 13: Abschaffung des Einbürgerungstests**

2

3 *Antragsteller: Christian Klauss*

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die Abschaffung des seit September 2008 erforderli-
8 chen Einwanderungstests per Fragebogen. Ein solcher Test ist nicht geeignet, die rechtsstaatliche
9 Gesinnung der Probanden zu ermitteln und stellt somit ein unnötiges, rein bürokratisches
10 Hindernis für Einwanderungswillige dar.

11

12 *Begründung:*

13

14 Erfolgt ggf. mündlich.

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 14: Festlegung eines neuen JuliA-Logos**

2

3 *Antragsteller: Landesvorstand JuliA Sachsen*

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Der Landesverband der Jungliberalen Aktion Sachsen ändert sein Logo dahingehend ab, dass
8 zukünftig die Grenzen des Freistaates Sachsen mit einbezogen werden. Siehe Anhang:

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29 *Begründung:*

30

31 Erfolgt ggf. mündlich.

32

33

34

35

36

37

38

39

40



1 **Antrag 15: Jugendschutz darf kein Hebel für Internetsperren sein**

2

3 *Antragsteller: Marcus Viefeld*

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich gegen die Einführung von Internetsperren
8 aus. Die von Frau von der Leyen vorgeschlagenen Blockierung von kinderpornographischen
9 Internetinhalten mittels Filtern bei den Zugangsprovidern wird von der JuliA-Sachsen als
10 Einstieg in die Zensur des Internets betrachtet. Das sensible Thema der Kinderpornographie dient
11 offensichtlich als Türöffner. Einen Eingriff in den bislang freien Datenverkehr lehnen wir entschie-
12 den ab und fordern die Bundesregierung auf, die Pläne für einen Internetfilter umgehend
13 fallen zu lassen.

14

15 *Begründung:*

16

17 Die Verbreitung von kinderpornographischen Inhalten im Internet stellt ein widerwärtiges
18 Verbrechen dar. Der Versuch, mittels Internetsperren dem Vertrieb von Kinderpornographie einen
19 Riegel vorzuschieben, wird bei aller moralischen Berechtigung trotzdem scheitern. Dies zeigt sich
20 allein an jüngeren Entwicklungen, wo kinderpornographische Tauschringe allein über das Mo-
21 bilfunk tätig wurden. Die Verhältnismässigkeit des Eingriffes in den freien Netzzugang steht
22 in keinem Verhältnis zur vorhersehbaren Wirkungslosigkeit derartiger Sperren.

23

24 Auf die vermutliche Abwälzung der Kosten auf die Internetprovider sei nur am Rande ver-
25 wiesen. Es steht aber in jedem Fall zu befürchten, dass derartige Sperren, sollten sie erstmal
26 in Betrieb sein, später auch zu anderen Zwecken eingesetzt werden könnten.

27

28 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40